

den 10. November 1892.

Berlin, Donnerstag, Die Zeitung erscheint in der Woche zweifach.

Bezugs-Preis: vierteljährlich für Berlin 7 M. 50 Pf. ohne Botenlohn, für ganz Deutschland und Oesterreich 9 M.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika u. s. w. Kreuzband: Sendung 20 M. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen: für Frankreich bei Aug. Arnand in Straßburg i. E., für England bei Aug. Siegle in London, 30 Lime Street E. C., Comie & Co. in London, 19 Gresham Street E. C.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen: Verdingungs-Anzeiger, Hôtels- und Bäder-Anzeiger, Vollständige Ziehungslisten der Preussischen Klassen-Lotterie, Allgemeine Verlosungs-Tabellen mit Restanten-Listen und viele andere wichtige tabellarisch Uebersichten. Insertions-Gebühr: die viergespaltene Zeile 40 Pf., Reclamezeit 80 Pf., die ganze Seite 200 Mark.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstraße No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Berechnungen zur Steuerreform.

Interessante Berechnungen über den Wohlstand in den einzelnen Städten der Monarchie befinden sich in der schon mehrfach von uns erwähnten Schrift des Abg. von Cyprien. Darnach bezog die Stadt Berlin mit über 22 Millionen Mark fast den sechsten Theil der gesammten Einkommensteuer; pro Kopf der Bevölkerung (1 600 000) 14,20 M. Berlin wird aber übertroufen von Wiesbaden, welches 19 M. pro Kopf aufbringt. Es folgen Kassel mit 11,50 M. und Köln mit 12 M. Die Rheinischen Industrie-Städte, welche stets für reich angesehen wurden, bringen bei der zahlreicheren Arbeiterbevölkerung sehr viel weniger auf. Düsseldorf 8,73 M., Barmen 7,05 M., Remscheid 7,40 M., Solingen nur 5,45 M. Bei 120 Millionen Mark Einkommensteuer-Ergebnis nach der neuen Veranlagung und 30 Mill. Einwohner kommen auf den Kopf durchschnittlich überhaup 4 M. Nach dieser Verteilung des Wohlstandes berechnet Abg. von Cyprien die eventuell von den Kreisen aufzubringende Vermögenssteuer. Es ist anzunehmen, sagt er, daß die Vermögensverhältnisse in gleichen Verhältniß überall zu den Einkommensverhältnissen stehen, denn auch das Arbeitseinkommen wird nur in Verbindung mit den Arbeitseinkommern aller Art, die nach dem Steuerbegriff Vermögen sind, gewonnen. Da nun die Vermögenssteuer 40 Millionen Mark erbringen soll, so wird sie überall etwa ein Drittel der Einkommensteuer betragen. Berlin würde also etwa 7 1/2 Millionen an Vermögenssteuer aufzubringen haben, 2 Millionen mehr, als eine Wahrscheinlichkeitsrechnung aus dem Finanzministerium annimmt. Die nach den Plänen des Finanzministers anzuführende Steuerreform würde also die Berliner Steuerzahler wie folgt belasten: Vermögenssteuer Mf. 7 586 166 Fortfall der Einnahmen aus der lex Sueve 2 524 980 Mf. 10 111 146

wogegen Berlin überwießen erhalten würde: die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer mit 10 772 856 Berlin würde also profitieren 661 710 Würde aber der Landtagsreformplan, wie Herr von Cyprien ihn bezeichnet, zur Ausführung gelangen, so würde für Berlin folgende Rechnung aufzumachen sein: Es behält die Einnahme aus der lex Sueve Mf. 2 524 980 und erhält mit 5 386 428 die halben Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, da die Ueberschüsse aus der Einkommensteuer die Ueberweisung derselben in dieser Höhe gestatten.

Die Steuerzahler Berlins würden also erhalten Mf. 7 911 408 Dazu bemerkt die Schrift: Die anscheinend große Summe erklärt sich aus dem hohen Werth des Berliner Grund- und Hausbesitzes. (Grund- und Gebäudesteuer bringen pro Kopf auf 4,75 Mf. gegen 2,25 Mf. in Barmen, 1,65 Mf. in Dortmund, 2,90 Mf. in Kassel u. s. w.) Durch die aus diesem Verhältniß sich ergebenden hohen Mietpreise erklären sich die höchst ungünstigen Wohnungsverhältnisse Berlins, besonders der unteren Volksklassen. Hier könnte mit Erleichterung der kommunalen Kassen mittelst der überwießenen Summen eingegriffen und damit ein allgemeines Landesinteresse erfüllt werden, denn diese Wohnungsverhältnisse züchten das Verbrechertum in einer besorgnißerregenden Weise. Abg. Gimenez berechnet, nach dem Reformplan der Regierung und nach Aufhebung der Haussteuer (5 494 000 Mf.), daß Berlin 126 1/2 pCt. Zuschlag auf die neu veranlagte Einkommensteuer zur Deckung des kommunalen Deficits erheben müsse. Die Ueberweisungen an Berlin bedragen er in gleicher Höhe wie jener 8 247 896 Mf. (6-5), er läßt aber hier wie überall die durch die geplante Vermögenssteuer eintretende neue Belastung der Berliner Einrenten aus, welche bis auf 661 710 Mf. die überwießenen Summen wieder wegnehmen würden.

Für eine kleinere Stadt, Kassel, stellt sich der Regierungreformplan im Verhältniß zum Landtagsreformplan noch weit ungünstiger. Diese Stadt würde zu bezahlen haben: An Vermögenssteuer Mf. 278 468 und an der Aufhebung der lex Sueve verlieren 79 290 Mf. 357 758

während sie an Realsteuern zurück- erhalten würde 295 201 also Netto-Verlust Mf. 62 557

Beim Landtagsreformplan würde Kassel dagegen die Hälfte der Realsteuern erhalten, sind: Mf. 147 600. 50 und behält die Gelder aus der lex Sueve 79 290. — also profitieren Mf. 226 890. 50 Mit diesen, wie uns dünkt, in großen Zahlen unannehmbaren Berechnungen dürfte sich die Bevölkerung, welche mit der frohen Hoffnung auf Erleichterung der kommunalen Steuern dem Regierungreformplan und seiner Vermögenssteuer von den städtischen Steuerzahlern entgegengebracht wurde, wohl etwas legen. Aber die gleiche Erleichterung wird wohl auch allgemein bei den Gutsbesitzern und den Bewohnern des platten Landes eintreten. Unter der Annahme, daß die zu überwießenen Realsteuern für das platte Land 40 Millionen, für die Städte 60 Millionen, die Vermögenssteuer 10 Millionen und 28 Millionen betragen würden, sagt Herr von Cyprien: Für Stadt und Land, also im Ganzen für den Staat berechnet, würde die Reform den kommunalen Verbänden bringen: A. nach dem Regierungspfan: Ueberweisung der Realsteuern: a) an das platte Land Mf. 40 000 000 b) an die Städte 60 000 000 Mf. 100 000 000

wobon abgehen: Die Vermögenssteuer: a) des platt. Landes Mf. 10 000 000 b) der Städte 28 000 000 Mf. 38 000 000 bisher aus der lex Sueve 20 000 000 also ein Mehr von Mf. 42 000 000 Die 62 000 000 Mf. würden sich verteilen: auf das platte Land mit Mf. 30 000 000 auf die Städte mit 32 000 000 B) nach dem Landtagsplan. Ueberweisung der halben Realsteuern: a) an das platte Land Mf. 20 000 000 b) an die Städte 30 000 000 Mf. 50 000 000

Die Einnahmen aus der lex Sueve: a) an das platte Land Mf. 7 000 000 b) an die Städte 13 000 000 20 000 000 Mf. 70 000 000 bisher aus der lex Sueve 20 000 000 also ein Mehr von Mf. 50 000 000 Die 70 000 000 Mf. würden sich verteilen: auf das platte Land mit Mf. 27 000 000 auf die Städte mit 43 000 000

Ob es sich bei solchen höchst geringen Unterschieden zwischen dem thatsächlichen Effect der beiden Pläne rechtfertigen läßt, den Regierungspfan zu begünstigen und das ganze Land mit einer höchst lästigen, in die intimsten Vermögensverhältnisse eindringenden neuen Steuer zu beschweren, ist eine Frage, welche an den Landtag der Monarchie gleich bei Beginn seiner Beratungen von allen Steuerzahlern gestellt wird. —n.

Telegramme.

Stettin, 9. November. (D. B. Hd.) Von best-unterrichteter Seite wird mitgeteilt, Fürst Bismarck habe aus dem Nachlasse Vorbar Wuchers ein an den Französer gerichtetes, nur von ihm zu öffnendes Schreibenpadet erhalten. Bismarck verlangte von der Schwägerin und Pflegerin Wuchers die Ermäch-

tigung für die Beschaffung eines würdigen Grabdenkmals.

Kiel, 9. November. (C. T. C.) Die Kaiserin kehrte heute Nachmittag 5 1/2 Uhr von Grünholz hierher zurück und setzte alsbald die Reise nach Neumünster fort, wobei dieselbe mit dem Kaiser zusammentraf. Beide Majestäten traten um 6 1/4 Uhr Nachmittags die Rückreise nach Potsdam an. Der Prinz Heinrich, welcher E. Majestät bis Neumünster begleitet hatte, ist von da nach Darmstadt abgereist.

Damburg, 9. November. (C. T. C.) Die Hamburgische Börsenbörse" erfährt aus zuverlässigster Quelle, daß einem Telegramme aus Montevideo zufolge die Quarantaine-Maßregeln daselbst gegen Hamburg aufgehoben sind.

München, 9. November. (D. B. Hd.) Die Deutsche landwirthschaftliche Gesellschaft veranstaltet in den Tagen vom 8. bis 12. Juni 1893 eine Sonder-Ausstellung für Kleinbahnen auf der hiesigen Theresienwiese.

Wien, 9. November. (C. T. C.) In einem Bureaust-Brief der „Politischen Correspondenz" wird betont, daß die Rumänische Regierung den aufrichtigen Willen hege, sich mit der Deutschen Regierung über den Abschluß eines Handelsübereinkommens zu verständigen. Beide Regierungen hätten einander ihren principellen Entschluß zur Eröffnung diesbezüglicher Unterhandlungen kundgegeben. Auch unterliege es keinem Zweifel, daß beide Regierungen sich der Erledigung dieser Aufgabe mit gleichem Eifer widmen würden.

Wetzlar, 9. November. (C. T. C.) Graf Sapary gab heute im Magnatenhause analoge Erklärungen wie im Abgeordnetenhaus ab. Beide Häuser vertragen sich auf unbestimmte Zeit.

Wetzlar, 9. November. (C. T. C.) Das Journal „Budapesti Hirlap" schreibt, der Finanzminister Weterle und Koloman Szell hätten ihren Freunden erklärt, sie könnten das Ministerpräsidium, falls es ihnen angeboten würde, nicht übernehmen. Weterle berufe sich darauf, daß sein Ressort die volle Kraft eines Mannes erfordere.

Christiania, 9. November. (D. B. Hd.) Der Deutsche Consul in Bergen hat die Mitteilung erhalten, daß am 23. oder 24. d. M. eine aus 6 oder 7 Schiffen bestehende Deutsche Fangerflotte nach Bergen kommen wird.

Paris, 9. November. (C. T. C.) Die Untersuchung der nach der Explosion in der Rue des Bons Enfans vorgeführten Spitter der Bombe hat ergeben, daß in derselben Dynamit enthalten war. Bisher ist in der Sache noch keine Verhaftung vorgenommen worden.

Paris, 9. November, Nachm. 4 Uhr. (C. T. C.) Ein Telegramm aus Bortonovo meldet, Derivt Dodds habe sich nach heftigen Widerstände Kanaß bemächtigt. Die Verluste der Franzosen betragen 11 Tode und 42 Verwundete. Der Gesundheitszustand der Truppen sei zufriedenstellend.

London, 9. November. (C. T. C.) Der Herzog von Marlborough wurde heute Vormittag im Bleichheim-Palast bei Woodstock in seinem Bett todt aufgefunden.

Belgrad, 9. November. (C. T. C.) Entem Vernehmen zufolge finden die Neuwahlen zur Stupschina im Laufe des Februar l. J., die Eröffnung der Stupschina im März l. J. statt.

Belgrad, 9. November. (C. T. C.) Vom 5. bis 8. November sind hier 6 Personen an Cholera erkrankt und 3 gestorben; gestern ist kein Cholerafall vorgekommen. Aus Semendria werden vom 5. und 6. November 2 Cholera-Erkrankungen gemeldet. Da in Dragajevac seit 8 Tagen kein Cholerafall vorgekommen ist, ist dieser Ort für seuchenfrei erklärt.

New-York, 9. November. (C. T. C.) Stevenson, der Candidat der demokratischen Partei, für die Vice-präsidentenschaft, dessen Wahl gesichert erscheint, erklärte, der auffällige Erfolg der demokratischen Partei bei den Wahlen bedeuete eine Aufhebung der Landwirth- und Arbeiter gegen die Mac Kinley-Bill und gegen die protektionistische Politik der Republikaner. Man glaubt, die Majorität der Demokraten in der neuen Representativeskammer werde etwas mehr als 100 Sitze betragen. Die demokratische Majorität in der Legislatur des Staates New-York dürfte so groß sein, daß die Vertretung von New-York in den